



Bundesverband e.V.

Armut im Lebensverlauf

Kindheit, Jugend und junges Erwachsenenalter.

FORDERUNGEN DER ARBEITERWOHLFAHRT ANLÄSSLICH
DER FÜNFTEN PHASE DER AWO-ISS-LANGZEITSTUDIE

Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler,
Vorsitzender des Vorstandes
Redaktion: Valentin Persau
E-Mail: valentin.persau@awo.org
Satz/Layout: textsalz – Linda Kutzki

© AWO Bundesverband e. V., Berlin.

Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt,
beim AWO Bundesverband e. V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger
Zustimmung des AWO Bundesverband e. V.

Alle Rechte vorbehalten.
November 2019

Inhalt

Vorwort	4
Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse	5
Zusammenfassung der Forderungen der Arbeiterwohlfahrt	6
1. Einleitung und zentrale Botschaften	7
2. Kinder-Jugendliche-Junge Erwachsene: Der Armut entwachsen?	9
3. Forderungen der Arbeiterwohlfahrt	14
4. Fazit	21

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor 22 Jahren hat sich die Arbeiterwohlfahrt auf den Weg gemacht, wissenschaftliche Grundlagenforschung im Bereich der Kinderarmut anzustoßen. Mit der AWO-ISS-Langzeitstudie liegen uns heute Lebensverläufe von armen und nicht armen Menschen vor, die Ende der 1990er Jahre Kindertageseinrichtungen der AWO besucht haben. Die Kinder von damals sind heute junge Erwachsene im Alter von 25 und 26 Jahren. Anhand ihrer Biografien können wir nachvollziehen, wie sich Aufwachsen in Armut im Vergleich zum Aufwachsen im Wohlergehen auf das Leben der Kinder ausgewirkt hat. Die Ergebnisse von bisher vier Studienphasen haben nicht nur das Forschungsfeld in beispielloser Weise vorangebracht, sondern wurden immer auch mit unserer praktischen und politischen Arbeit rückgekoppelt.

In der aktuell fünften Studienphase findet eine Fortführung ins junge Erwachsenenalter statt.

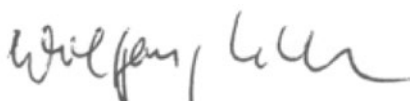
Damit ist etwas Einzigartiges gelungen: Durch die erweiterte Betrachtung des Lebensverlaufs bis zum Übergang in das Erwachsenenalter können die Langzeitwirkungen von Armut nachvollzogen werden.

Auch dieses Mal wurden die Konsequenzen der aktuellen Studienergebnisse innerhalb der AWO auf den Ebenen des Bundesverbandes, der Landesverbände und der Kreisverbände diskutiert und Forderungen erarbeitet. Sie sind im vorliegenden Positionspapier niedergeschrieben. Mit den Forderungen möchte die Arbeiterwohlfahrt in den politischen Diskurs treten und gemeinsam mit Politik, Praxis und Zivilgesellschaft wirksame Lösungen zur Überwindung von Kinderarmut entwickeln und umsetzen. Im vorliegenden Positionspapier werden darüber hinaus exemplarisch Projekte aus verschiedenen Gliederungen der AWO vorgestellt, die bereits heute mit Nachdruck und Erfolg die Forderungen mit Leben füllen und in der Praxis umsetzen.

Berlin, im November 2019



Wilhelm Schmidt
Präsident der AWO



Wolfgang Stadler
Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes

Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse

- Ausbildung, Arbeitsmarktintegration, Loslösung vom Elternhaus, Partnerschaftlichkeit und Familiengründung sind zentrale Entwicklungsaufgaben beim Übergang ins junge Erwachsenenalter. Für junge Erwachsene, die aktuell von Armut betroffen sind oder Armut in Kindheit und Jugend erfahren haben, stellt der Übergang häufig eine ungleich höhere Herausforderung dar. Dies äußert sich etwa in Form einer verzögerten, erschwerten oder (noch) nicht vollzogenen Bewältigung von Entwicklungsaufgaben wie dem Abschluss einer Ausbildung oder die Integration in den Arbeitsmarkt.
- Ein Drittel der Befragten bleibt von der Kindheit bis zum jungen Erwachsenenalter arm. Entsprechend gelang zwei Drittel der armutserfahrenen Studienteilnehmenden der Ausstieg aus der Armut. Von allen Befragten, die in verfestigter Armut aufgewachsen sind, ist rund einer Hälfte der Ausstieg aus der Armut erst beim Übergang ins junge Erwachsenenalter gelungen. Ökonomische Verselbstständigung spielt hier eine wichtige Rolle.
- Die Mehrheit der jungen Erwachsenen, deren Kindheit von finanzieller Sicherheit geprägt war, ist auch im weiteren Lebensverlauf nicht mit Armut in Berührung gekommen.
- Kinderarmut übersetzt sich nicht automatisch in Armut im jungen Erwachsenenalter. Inner- und außerfamiliäre Unterstützungsstrukturen und -ressourcen, die entlang des Lebensverlaufs in Kindheit und Jugend bereitgestellt werden, sind entscheidend, um Armutsverläufe zu durchbrechen.
- Bei gleicher Bildung ist das Armutsrisiko der befragten jungen Frauen doppelt so hoch wie das von jungen Männern. Das Bildungsniveau im jungen Erwachsenenalter alleine ist kein Schutzfaktor für ein Leben ohne Armut.
- Die Möglichkeit alternativer Bildungswege, etwa über Berufskollegs, wurde von vielen armen jungen Erwachsenen wahrgenommen, um einen höheren Bildungsabschluss zu erzielen. Eine fehlende gesellschaftliche Wertschätzung dieser „Umwege“ wurde bemängelt.
- Eine positive Unterstützungsressource ist für viele Personen mit Armutserfahrung die Familie und gute Beziehungen zu innerfamiliären Bezugspersonen. Dabei handelt es sich in armen Familien meist um die Mütter, Väter sind häufig abwesend. Arme Mütter tragen die doppelte Last der alleinigen Zuständigkeit der Versorgung und Fürsorge. In Familien kann es jedoch auch zur Reproduktion von Armut kommen. Diejenigen Befragten, die im jungen Erwachsenenalter bereits eine Familie gegründet haben, sind überdurchschnittlich häufig arm.

Zusammenfassung der Forderungen der Arbeiterwohlfahrt

Die Ergebnisse der Studie wurden gemeinsam von AWO Bundesverband und den AWO Gliederungen diskutiert. Ziel war es, die Perspektiven aus Praxis und politischer Arbeit zusammenzuführen. Dadurch, dass im Rahmen der AWO-ISS-Langzeitstudie die Biographien von Kindern aus AWO-Kitas über einen Zeitraum von 22 Jahren wissenschaftlich begleitet wurden, ist es gelungen, einen Blick auf den Lebensverlauf von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gewinnen. Aus dieser Gesamtperspektive heraus wurden die folgenden fünf Forderungen erarbeitet:

1. Einkommens- und Familienarmut wirkungsvoll bekämpfen!

Aus der Erkenntnis heraus, dass Kinder- und Jugendarmut eng mit der Einkommensarmut der Eltern zusammenhängt, fordert die AWO dazu auf, die Rahmenbedingungen für gute und existenzsichernde Arbeit weiter zu verbessern.

2. Reform der kinder- und familienpolitischen Leistungen!

Die AWO fordert die Einführung einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, die das soziokulturelle Existenzminimum aller Kinder verlässlich abbildet und bereitstellt.

3. Soziale Infrastruktur stärken, verzahnen und präventiv ausrichten!

Die AWO tritt für eine Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur ein, die für alle Menschen vor Ort erfahrbar ist und in allen Lebenslagen verlässlich Unterstützung bietet. Die AWO fordert daher die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, um wirksame Angebote und Strukturen, wie kommunale Präventionsketten, zu fördern und finanziell zu verstetigen.

4. In Bildung als Schutzfaktor gegen Armut investieren!

Die AWO fordert die Länder dazu auf, eine stärker armutspräventive Ausrichtung von Bildungsinstitutionen voranzubringen.

5. Nachhaltige Integration in Ausbildung und Arbeit für alle jungen Erwachsenen sicherstellen!

Ausbildung und Arbeit sind zwei wichtige Entwicklungsaufgaben, die im weiteren Lebensverlauf Teilhabe und gesellschaftliche Verortung entscheidend beeinflussen. Politische Instrumente, die junge Menschen bedarfsorientiert beim Übergang in Ausbildung und Arbeit unterstützen, sollten daher politisch besonders berücksichtigt werden.

1. Einleitung und zentrale Botschaften

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, gelingt es nicht, die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen sicherzustellen und Armut zu überwinden. Besonders alarmierend ist, wenn diejenigen betroffen und ausgeschlossen sind, die an ihrer materiellen und sozialen Lage am allerwenigsten etwas ändern können – darunter Kinder und Jugendliche. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen oder bedroht. Dies bedeutet häufig materielle Entbehrungen, Nachteile bei Bildungschancen und Gesundheit sowie sozialer Ausschluss. Kinderarmut ist für die Betroffenen eine unausweichliche Wirklichkeit. Die Bewältigung von Armut kostet große Anstrengungen seitens der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Dies bindet Ressourcen, die eigentlich der Entfaltung gewidmet sein sollten. Kinder begreifen und verinnerlichen früh die gesellschaftliche Herabsetzung und die Beschränkungen der eigenen Möglichkeiten, die mit Armut einhergehen. Kurz gesagt: In Deutschland werden jedem fünften Kind legitime Ansprüche auf Wohlergehen, Anerkennung und Zukunftschancen ein Stück weit verwehrt.

Wie schon in der Vergangenheit, liefern uns die Ergebnisse der aktuellen, fünften Phase der AWO-ISS-Langzeitstudie weitreichende Erkenntnisse über die komplexen Wirkweisen von Kinder- und Jugendarmut. Mit der Fortführung dieser einzigartigen Langzeitbetrachtung bis ins junge Erwachsenenalter hinein wird untersucht, wie es um die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen steht. Dabei wird deutlich, dass sich das Kindergesicht der Armut im Laufe der Zeit verändert, jedoch allzu häufig im jungen Erwachsenenalter sichtbar bleibt. Die aktuelle AWO-ISS-Langzeitstudie kommt zu dem Ergebnis, dass Armut und Armutserfahrungen zu Nachteilen bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen führen, die sich den Betroffenen beim Übergang ins junge Erwachsenenalter typischerweise stellen. Hierzu gehören Fragen des Ausbildungsabschlusses, der Arbeitsmarktintegration, der Loslösung vom Elternhaus, sowie Partnerschaftlichkeit und Familiengründung. Armut ist damit ein zentrales Entwicklungsrisiko für Kinder und Jugendliche und stellt im gesamten Lebensverlauf bis ins junge Erwachsenenalter hinein einen hohen sozialpolitischen Handlungsbedarf dar. Dabei

ist Armut mehr als ein bloßer Mangel an Geld. Dennoch ist materielle Armut häufig Ausgangspunkt von Benachteiligung, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Teilhabe. Der Studie liegt daher ein eigens entwickeltes, komplexes Verständnis von Armut zu Grunde, das materielle, kulturelle, soziale und gesundheitliche Dimensionen umfasst. Für das junge Erwachsenenalter gilt: Auch wenn sich in dieser Phase schon viele Benachteiligungen zeitlich kumuliert haben, Armutserfahrungen sichtbar geworden sind und Armutsfolgen kompensiert werden müssen, können Armutsbioographien noch durchbrochen werden. Das Junge Erwachsenenalter ist damit die letzte Lebensphase, in der Armutspolitik präventive Elemente tragen kann. Diese Chance sollte gesellschaftlich genutzt werden.

In diesem Positionspapier blickt die Arbeiterwohlfahrt zurück auf die Erfahrungen der vergangenen mehr als 20 Jahre, in welcher die AWO-ISS-Langzeitstudie zur politischen Positionierung und zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Praxis sozialer Arbeit gegen Armut beigetragen hat. Die aktuelle Welle der Studie war zudem Anlass, die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt im Bereich Armutsprävention und -bekämpfung neu zu diskutieren, um sie im vorliegenden Positionspapier geschärft gegenüber der Politik und Fachöffentlichkeit vorzubringen. Den Ausführungen vorangestellt sind nun vier zentrale Botschaften, vier *lessons learned*, die aus diesem Reflektionsprozess abgeleitet wurden:

Eine erste zentrale Botschaft aus über 20 Jahren Langzeitforschung lautet: Der sozialpolitische Fokus muss auf **nachhaltige Armutsprävention** gelegt werden und darf sich nicht auf nachträgliche Interventionen und Bekämpfung individualisierter Armutsfolgen beschränken. Dafür muss das Verständnis für das komplexe Wirken von **Armut im Lebensverlauf** geschärft und präventive sozialpolitische Instrumente umgesetzt werden, die armutsbedingte Nachteile früh kompensieren und für alle Kinder die Grundlage soziokultureller Teilhabe sicherstellen. Eine **einkommensabhängige Kindergrundsicherung** würde die monetären Grundlagen hierfür schaffen.

Eine zweite zentrale Botschaft lautet: Neben den monetären Voraussetzungen bedarf es einer **verlässlich finanzierten und konzeptuell abgestimmten sozialen Infrastruktur**. Öffentliche und soziale Institutionen sind Orte außerfamiliärer Sozialisation und tragen maßgeblich zur Verwirklichung von Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei. Gleichzeitig haben Institutionen und Fachkräfte die Aufgabe, mit den Familien zu arbeiten und sie bei ihrer Sozialisationsaufgabe zu unterstützen und zu stärken. Armutspolitik funktioniert am besten, wenn sich alle relevanten Akteure vernetzen und unabhängig von Grenzen der Parteien, Ressorts, Ebenen und Zuständigkeiten einen Konsens über die Problemdeutung anstreben und gemeinsame Handlungsstrategien entwickeln und umsetzen. **Präventionsketten** als kommunale Gesamtstrategie der Armutsprävention sollten verbindlich gefördert und verstetigt werden. In jedem Alter müssen vertrauensvolle und unterstützende Ansprechpartner*innen und Angebote verlässlich zur Verfügung stehen. Die Kette darf jedoch zu Beginn der Volljährigkeit nicht abreißen. Junge Erwachsene benötigen weiterhin gezielte Angebote, etwa bei der beruflichen Orientierung oder der Familienplanung. Sie dürfen im Übergang ins junge Erwachsenenalter nicht alleine gelassen werden. Grundlage, um effektive Strategien kommunaler Armutsbekämpfung ganzheitlich zu etablieren, ist eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung, besonders in strukturell benachteiligten Regionen.

Die dritte Botschaft lautet: **Geschlechtergerechtigkeit** muss weiter umgesetzt werden! Armutslagen sind häufig geschlechtsspezifisch ausgeprägt. Das Armutsrisiko von Frauen und von Alleinerziehenden ist überdurchschnittlich hoch. Häufig wirken tradierte Rollen- und Familienbilder und treffen auf Nachteile beim

Zugang zum Arbeitsmarkt, auf strukturelle Diskriminierung und einer ungleichen Verteilung unbezahlter Haushalts- und Sorgearbeit. So komplex diese strukturellen Benachteiligungen wirken, so umfassend müssen politische Gegenmaßnahmen ausfallen: Die Arbeiterwohlfahrt als Organisation, deren Geschichte sowie fachliche und praktische Arbeit in besonderer Weise von Frauen geprägt ist, setzt sich vehement für Lohngerechtigkeit, familienorientierte Arbeitszeitmodelle, Aus- und Weiterbildungschancen in Teilzeit und einen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ein. Außerdem geht es um die Aufwertung und tarifvertragliche Erschließung der Branchen und Berufe, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten. Gleichzeitig ist der Segregation des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken. Zudem setzt sich die Arbeiterwohlfahrt für die Eindämmung prekärer Beschäftigung ein. Dies schließt auch Minijobs ein, die geschlechtsspezifische Fehlanreize setzen. Weitere Fehlanreize bei Steuern und Sozialversicherung sollten beseitigt werden.

Die vierte Botschaft lautet: **Familien müssen weiter gestärkt werden**. Die Bereitschaft, dauerhaft füreinander Verantwortung zu übernehmen, Sorge zu tragen und Zuwendung zu schenken, darf kein Armutsrisiko sein. Die Vielfalt von Familienformen muss dabei voll anerkannt und berücksichtigt werden. Die Rolle, die Familien für das Aufwachsen eines Kindes haben, ist zentral. Es geht darum, sowohl Mütter als auch Väter unabhängig von der Familienform so auszustatten und in die Lage zu versetzen, dass sie ein gelingendes Aufwachsen für ihre Kinder bereitstellen können. Neben der bereits ausgeführten monetären Ausstattung sowie außerfamiliärer Betreuungsinfrastruktur, ist die Arbeit gemeinsam mit den Familien ein essentieller Beitrag gegen Kinder- und Jugendarmut.

2. Kinder–Jugendliche–Junge Erwachsene: Der Armut entwachsen?

In diesem Kapitel wird zunächst eine kurze Bestandsaufnahme zu Kinder- und Jugendarmut unternommen. Im Anschluss werden auf der Grundlage zentraler Ergebnisse der aktuellen AWO-ISS-Langzeitstudie politische Handlungserfordernisse für die Prävention und Bekämpfung von Armut unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beschrieben.

2.1. Armut in Kindheit und Jugend: Eine Bestandsaufnahme

Nach der Definition der Europäischen Union gelten Haushalte als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent der äquivalenzgewichteten Medianeinkommen zur Verfügung haben. So gemessen, ergeben sich je nach Datenquelle folgendes Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen: Die Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC, Einkommensjahr 2016) gibt ein Armutsrisiko von 15,2 Prozent aus. Auf Grundlage des Mikrozensus (Einkommensjahr 2017) wurden 20,4 Prozent errechnet. Und auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP, Einkommensjahr 2014) ergibt sich eine Quote von 21,1 Prozent. Anders ausgedrückt kann man sagen, dass etwa **jedes fünfte Kind bzw. drei Millionen Kinder und Jugendliche** in Deutschland einem Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Neben dieser relativen Armutsdefinition wird häufig der Transferleistungsbezug als Indikator für Armut herangezogen. Dieser Indikator wird immer wieder kritisiert.¹ Gemessen an der Transferleistungsquote erhielt laut der Statistik

der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2018 **13,5 Prozent der U-18-Jährigen Hartz-IV-Leistungen**, wobei regionale Unterschiede auffallen.

Was der Indikator jedoch nicht erfasst, ist **verdeckte Armut**. Denn der Kreis der Anspruchsberechtigten ist häufig deutlich größer als die tatsächliche Inanspruchnahme.² Dies betrifft auch Leistungen für Kinder und ihre Familien wie Bildungs- und Teilhabeleistungen oder den Kinderzuschlag.³ Der Deutsche Kinderschutzbund schätzt, dass die tatsächliche Zahl der von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen bei etwa **4,4 Millionen** liegt, wenn alle Haushalte mitgezählt werden, die einen nicht abgerufenen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, Kinderzuschlag oder Wohngeld haben.⁴

Entgegen des klaren Bekenntnisses der AWO für familiäre Vielfalt sind Kinder und Jugendliche, die in bestimmten Familienformen aufwachsen, besonders von Armut bedroht: Alleinerziehenden und ihre Kinder sind überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. Obwohl Alleinerziehende eine hohe Erwerbsorientierung aufweisen, führen höhere Kosten, etwa im Bereich Wohnen, oder die häufig eingeschränkten Möglichkeiten der vollen Erwerbsbeteiligung in Folge eines erhöhten Betreuungsaufwands oder fehlende Unterhaltszahlungen zu einem überdurchschnittlichem Armutsrisiko. Betroffen sind hier ganz überwiegend Frauen. Zudem steigt das Armutsrisiko bei Familien mit jedem zusätzlichen Kind.⁵

¹ Häufig wird argumentiert, die Transferleistungsquote bilde eigentlich die sozialstaatliche Reaktion auf Armut ab. Eine wünschenswerte Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten oder eine Erhöhung der Inanspruchnahme führe aber zu öffentlich schwer vermittelbaren Erhöhungen der Transferleistungsquote. Während diese Argumentation durchaus ihre Berechtigung hat, wird jedoch übersehen, dass die Hartz-IV-Regelsätze nach Berechnungen des DGB aus dem Jahr 2017 in fast allen Haushaltskonstellationen unterhalb der relativen Armutsschwelle liegen. Hinzu kommt eine unzuverlässige Ermittlung von Regelsätzen, durch die auch Bedarfe von Kindern und Jugendlichen unterschätzt werden. Man kann also davon ausgehen, dass viele Haushalte im Leistungsbezug mit hoher Wahrscheinlichkeit Armut erfahren.

² Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2019): Wochenbericht 26/2019.

³ Vgl. BMFSFJ (2017): Familienreport 2017. Leistungen, Wirkungen, Trends.

⁴ Vgl. Deutscher Kinderschutzbund (2018): Kinderarmut deutlich höher als gedacht. Online abrufbar unter: <https://www.dksb.de/de/artikel/detail/kinderarmut-deutlich-hoehere-als-gedacht-44-millionen-kinder-sind-nach-berechnungen-des-dksb-betroff-1/>

⁵ Vgl. Garbuszus, Jan Marvin/Ott, Notburga/Pehle, Sebastian/Werding, Martin (2018): Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? Ein neues Messkonzept. Ruhr-Universität Bochum/ Bertelsmann Stiftung.

Auch wenn das Armutsrisiko von Jugendlichen unterhalb der Armutsrisikoquote von Kindern liegt, ist Jugendarmut weit verbreitet. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte wird diese Tatsache jedoch oft übersehen. Dabei zeigt uns gerade die aktuelle AWO-ISS-Studie, dass auch Armut im Jugendalter ein gutes Merkmal für die Einschätzung ist, wie sich die Übergänge ins junge Erwachsenenalter gestalten.

Wichtig ist auch die Frage nach der **Verfestigung von Kinderarmut**. Hier zeigt sich, dass mehr als ein Fünftel aller Kinder seit mehr als fünf Jahren entweder dauerhaft oder wiederkehrend in Armut leben.⁶ Der Befund der Verfestigung findet sich auch in vorherigen AWO-ISS-Studien, in denen bei der Hälfte der betroffenen Befragten auch zehn Jahre nach der ersten Erhebung in Armut lebten. In der aktuellen Studie wurde die Betrachtung ins Junge Erwachsenenalter hinein weitergeführt. Auch hier zeigt sich ein hohes Maß an verfestigter Armut: Über ein Drittel derjenigen, die als Sechsjährige arm waren, sind auch im jungen Erwachsenenalter von Armut betroffen. Dabei haben die Armutserfahrungen im Kindesalter erst dann keinen direkten Einfluss auf den Armutsstatus im jungen Erwachsenenalter, wenn die negativen Armutsfolgen – sprich multiple Deprivation – spätestens bis zum Jugendalter vermieden bzw. kompensiert werden können.

Bei der Identifikation von **Ursachen für Kinderarmut** in einem der wohlhabendsten Länder der Welt ist an erster Stelle die enge Verknüpfung zwischen Kinderarmut und der Einkommensarmut der Eltern zu nennen. In der Regel gilt: **Keine armen Kinder ohne arme Eltern**. Während, wie oben beschrieben, der Bezug von Arbeitslosengeld II in den meisten Fällen kein Einkommen oberhalb der Armutsschwelle sichert, ist auch Erwerbsbeteiligung *per se* noch keine hinreichende Bedingung für ein Leben ohne Armut. Knapp jede*r zehnte Arbeitnehmer*in ist arm trotz Arbeit.⁷ Beim Blick auf die Lohnentwicklung zeigen sich zudem Entkopplungstendenzen in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes, der sich in vielfacher Hinsicht

strukturell wandelt. Für viele bedeutet dies ein Anstieg unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, während sich in anderen Branchen lukrative Perspektiven in Bezug auf Einkommen und Vermögensbildung ergeben. Hinzu kommen **geschlechtsspezifische Benachteiligungen**, allen voran der **gender pay gap** in Höhe von 21 Prozent und ein insgesamt geschlechtsspezifisch segregierter Arbeitsmarkt, aber auch vielfache betriebliche, innerfamiliäre und politische Hürden gleicher Erwerbschancen von Frauen*.⁸

Ein zusätzlich notwendiges monetäres staatliches Fördersystem, das sozial gerecht ausgestaltet ist und Kinder- und Jugendarmut effektiv entgegenwirkt, ist derzeit nicht gegeben. Stattdessen ist eine unübersichtliche Vielzahl an spezifischen Leistungen vorzufinden.⁹ Deren Zusammenwirken erzeugt häufig Wechselwirkungen und Schnittstellenprobleme.

In diesem System wird der **normative Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Kinder** verletzt. Das wird am Beispiel der Förderung von Teilhabe deutlich: Im Rahmen des Familienlastenausgleich steht für finanziell besser gestellte Eltern ein Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung (BEA) zur Verfügung, der um ein Vielfaches höher ist als die durchschnittliche monatliche Förderung über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), das für Kinder in Haushalten mit Transferleistungsbezug zur Verfügung steht. Hinzukommt, dass die Beantragung des BuT mit bürokratischen Hürden verbunden ist, was zu einer insgesamt geringen Inanspruchnahme führt. Das heißt, dass der Staat die Teilhabebedarfe von Kindern reicher Eltern viel stärker anerkennt als von Kindern armer Eltern. Verstärkend wirkt die Logik der Steuerfreibeträge, deren Entlastungswirkung mit steigendem Einkommen größer wird.

Die genannte systematische Bevorzugung trägt zur Reproduktion der komplexen Verknüpfung von **Armut und Bildung** bei und verhindert, dass Bildung für alle als effektiver Schutzfaktor gegen Armut wirksam werden kann. Zusätzlich zu den finanziellen Ungerechtigkeiten vermögen es auch Bildungsinstitutionen in ihrer

⁶ Vgl. Tophoven, Silke/Lietzmann, Thorsten/Reiter, Sabrina/Wenzig, Claudia (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung/ Bertelsmann Stiftung.

⁷ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (2017): Weiter arm, trotz Arbeit. In: Böckler Impuls 12/2017

⁸ Vgl. Zukunftsforum Familie (2019): Positionspapier Partnerschaftlichkeit.

⁹ Vgl. Prognos (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. Endbericht im Auftrag des BMFSFJ.

derzeitigen Ausgestaltung und finanziellen Ausstattung häufig nicht, formelle und informelle Bildungsbenachteiligungen zu kompensieren. Verstärkend wirkt hier eine zunehmende Segregation in Arm und Reich in deutschen Städten, die sich in sozial segregierte Bildungsinstitutionen übersetzt.

Die Arbeiterwohlfahrt kritisiert zudem die **Berechnung der Kinderregelsätze im SGB II**. Diese bilden die tatsächlichen Bedarfe und Ansprüche unzureichend ab.¹⁰ Das Kindergeld wird zudem auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet.

Hinzukommt eine **geringe Inanspruchnahme** insbesondere derjenigen sozial- und familienpolitischer Leistungen, die einkommensschwachen Haushalten zu Gute kommen sollten, wie den Kinderzuschlag oder das schon angesprochene Bildungs- und Teilhabepaket. Viele Leistungen stoßen seitens der Anspruchsberechtigten auf Unwissenheit, bürokratische Hürden und Scham.¹¹ Dadurch wird vielfach das Ziel verfehlt, das soziokulturelle Existenzminimum aller Kinder zu gewährleisten. Hier ist nach Auffassung der Arbeiterwohlfahrt ein Umdenken notwendig, wonach die staatliche Verantwortung nicht bei formalen Rechtsansprüchen endet.

2.2. Armut im jungen Erwachsenenalter: (Langzeit-)Folgen von Armut

Für das Begreifen von Armut ist der oben dargestellte Blick auf die aktuellen monetären und materiellen Lagen von Kindern und Jugendlichen ein sinnvoller Ausgangspunkt. Darüber hinaus ist es jedoch wichtig, die Komplexität von Armut zu erfassen. Hierzu hat die AWO-ISS-Langzeitstudie beigetragen, indem darin ein **mehrdimensionales Armutskonzept** entwickelt und operationalisiert wurde, das neben der materiellen Lage auch kulturelle, soziale und gesundheitliche Lagen sowie deren Zusammenwirken erfasst. Komplex ist Armut auch deshalb, weil sie nicht statisch ist, sondern den weiteren Lebensverlauf unweigerlich prägt. Die Langzeitfolgen von Armut im jungen Erwachsenenalter untersucht die aktuelle AWO-ISS-Studie. Zudem blicken die

jungen Erwachsenen zurück auf ihr Erleben und ihren Umgang mit Kinder- und Jugendarmut.

Das junge Erwachsenenalter ist geprägt von **Heterogenität**. Lebenswege und Lebenslagen folgen mit zunehmendem Alter immer weniger einem typischen Verlauf, der von Regelinstitutionen vorgezeichnet ist und dadurch von Verbesserungen in Qualität, Zugang und durch ein aktives Übergangsmanagement direkt beeinflussbar ist. Mit sinkendem Grad institutioneller Einbettung und steigender Heterogenität sind sozialpolitische Herausforderungen verbunden. Heterogenität bedeutet jedoch nicht, dass die Lebenslagen junger Erwachsener von Zufälligkeiten geprägt sind. In der Forschung werden **fünf Entwicklungsaufgaben** genannt, die beim Übergang ins junge Erwachsenenalter typischerweise zu bewältigen sind. Dies sind Bildung und Ausbildung, Erwerbstätigkeit, der Auszug aus dem Elternhaus, feste Partnerschaft und eigene Kinder. Die Studie zeigt, dass Ausdruck der Heterogenität einerseits die unterschiedliche Reihenfolge in der Bewältigung der genannten Entwicklungsaufgaben ist. Andererseits spiegelt Heterogenität nicht nur unterschiedliche Lebensentwürfe und freie Selbstentfaltung wider. **Armen jungen Erwachsenen bereitet die Bewältigung der Entwicklungsaufgaben weitaus häufiger Schwierigkeiten**. Insbesondere geht Armut mit geringerem Ausbildungsniveau, geringerer Erwerbsbeteiligung, prekärer Beschäftigung und früher Familiengründung einher.

Betrachtet man die materiellen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen **Lebenslagendimensionen**, so lässt sich insgesamt festhalten, dass sich Armut auf alle Lebenslagen negativ auswirkt. Das betrifft besonders deutlich die materielle Versorgung und Teilhabe sowie Gesundheit. So berichten arme junge Erwachsene häufiger von mangelnden finanziellen Rücklagen, Verschuldung und Einschränkungen in der Mobilität. Häufig können aus finanziellen Gründen keine individuellen Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden. Der bedeutendste Faktor für die materielle Lage ist dabei erwartungsgemäß der Erwerbsstatus. Hinsichtlich der kulturellen Lage fallen

¹⁰ Die Berechnung basiert auf Referenzhaushalten in der Einkommensverbraucherstichprobe (EVS). Jedoch befinden sich unter den Referenzhaushalten verdeckt arme Haushalte, wodurch es zu einem Zirkelschluss kommt: Beim Regelbedarf armer Haushalte wird Armut teilweise zum Maßstab. Zudem sind ernstzunehmende statistische Bedenken anzubringen, insbesondere, wenn es um eine geringe Fallzahl in bestimmten Kategorien geht. Die Vorannahme des internen Ausgleichs wird zudem verletzt, wenn im Nachhinein Posten willkürlich gestrichen werden und dadurch de facto eine Vermischung des Statistik- und des Warenkorbmodells erfolgt.

¹¹ Vgl. Fußnote 2

Unterschiede zwischen armen und nicht armen jungen Erwachsenen insbesondere hinsichtlich formaler Bildung und berufsqualifizierender Maßnahmen auf, die sich in bessere Verdienstmöglichkeiten übersetzen lassen. In Bezug auf die soziale Lage zeigen sich bei Indikatoren, die die Qualität und Belastbarkeit sozialer Netzwerke messen, signifikante Unterschiede. In der gesundheitlichen Dimension fallen neben den bereits genannten eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten vor allem im Bereich der psychischen Gesundheit armutsspezifische Unterschiede auf.

Ein weiteres zentrales Ergebnis ist der Zusammenhang von **Armut und Geschlecht**. Junge Frauen sind insbesondere in den materiellen und gesundheitlichen Lebenslagedimensionen häufiger benachteiligt. Während es bei der Erwerbstätigenquote keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt, gingen junge Frauen dennoch dreimal so häufig wie junge Männer einem prekären Beschäftigungsverhältnis, insbesondere Neben- und Minijobs, nach. Einkommensarmut tritt dabei mehrheitlich bei Frauen auf, die im eigenen Haushalt leben.

Zudem zeigt die Studie, dass nicht nur derzeitige Armut, sondern auch Armutserfahrungen in Kindheit und Jugend eng mit dem Leben im jungen Erwachsenenalter verknüpft ist. Ein zentraler Befund im Längsschnitt ist, dass Armut im Kindesalter (6J.) häufig keine einmalige Erfahrung bleibt, sondern sich im **Lebenslauf** fortsetzt: Nur jede*r vierte arme Sechsjährige*r von damals weist im weiteren Lebensverlauf keine weiteren Armutserfahrungen auf. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei den nicht armen Kindern, welche auch im weiteren Lebensverlauf nur selten mit Armut in Berührung kommen. Armut in Kindheit und Jugend reduziert die Chancen auf Wohlergehen im jungen Erwachsenenalter auch dann, wenn sie „nur“ periodisch aufgetreten ist. Deutlich benachteiligte Lebenslagen weisen diejenigen jungen

Erwachsenen auf, die in Kindheit und Jugend dauerhaft arm waren.

Auch in den oben bereits diskutierten Bereichen Ausbildung, Arbeitsmarktintegration und Familie weist die Studie auf spezifische Benachteiligungen hin, die auf Armutserfahrungen in Kindheit und Jugend zurückgeführt werden. So unterscheidet sich das **Schulbildungsniveau** deutlich nach Armutserfahrung. Armut im Vorschulalter erweist sich bereits als Prädiktor für die weiteren Bildungschancen. Interessanterweise konnten einige junge Erwachsene mit Armutserfahrung, häufig über Umwege, ihren Abschluss gegenüber der vierten Welle der Studie 2009/10 verbessern. Neben dem Schulbildungsniveau ist auch der Erwerb und Erfolg beruflicher Qualifikationen über **Ausbildung oder Studium** mit Armutserfahrung in Kindheit und Jugend verknüpft. Ein sozialpolitisch zentraler Befund ist zudem, dass **Leistungen der Ausbildungsförderung** wie BAföG und/oder Bundesausbildungsbeihilfe (BAB) von den armen Jugendlichen mit Armutserfahrung doppelt so häufiger wie von den nicht Armen in Anspruch genommen wurden. Dennoch hat von diesen staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten nur jeder zweite arme junge Mensch profitiert. Auch in den qualitativen Interviews wünschen sich viele junge Erwachsene mehr Informationen dazu, auch über Ansprüche auf Förderung und Sozialleistungen.

Arbeitsmarktintegration ist ein weiterer Aspekt, bei dem Armutserfahrungen in Kindheit und Jugend wirksam bleiben. So waren Personen mit mindestens punktueller Armutserfahrung zu vorherigen Erhebungswellen deutlich häufiger nicht erwerbstätig, haben deutlich häufiger Arbeitslosigkeitserfahrungen von mindestens 6 Monaten und haben deutlich häufiger Erfahrungen mit Mindestsicherungsbezug als Studienteilnehmende ohne Armutserfahrung. Kinder und Jugendliche, die in stabilen finanziellen Verhältnissen aufgewachsen sind, kommen im

Erwachsenenalter mit diesen prekären Erwerbserfahrungen kaum in Berührung.

Ein besonderes Merkmal der AWO-ISS-Studien war und sind die umfassenden qualitativen Interviews, bei denen die Wahrnehmungen, Bedarfe und Wünsche der Befragten zu verschiedenen (armuts-)politischen Themen herausgearbeitet werden. Dieses Mal zielten die Fragen zum einen auf das aktuelle junge Erwachsenenalter. Zum anderen wurden die Befragten gebeten, retrospektiv zu rekonstruieren, welche Bedarfe Unterstützung gefunden haben und inwiefern Versäumnisse gesehen werden. An dieser Stelle seien nur ein paar Schlaglichter des reichhaltigen Materials aufgeführt:

Im Bereich der Bildung wird weiterführenden Schulen ein **unsensibler Umgang mit Armut** attestiert. Die Betroffenen berichten von Ausgrenzungserfahrungen und Mobbing. Auffällig ist zudem der fehlende Beziehungsaufbau bis hin zu Stigmatisierungen seitens der Lehrerschaft. Während die Rolle der **Schulsozialarbeit** im Übergangssystem, wie an Berufskollegs, positiv beurteilt wurde, wurde weitergehender Unterstützungsbedarf im Bereich **Berufsorientierung** identifiziert, gerade wenn innerfamiliäre Vorbilder und Netzwerke fehlen. Die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit alleine wurde hier als unzureichend wahrgenommen. Auch bzgl. des vermittelten Wissens fühle man sich durch die Schule häufig nicht ausreichend auf den späteren Alltag vorbereitet. Beim Übergang ins Erwachsenenalter fühlten sich insbesondere Befragte aus armen Familien mit vielen Fragen alleine gelassen, etwa zu Finanzen, Versicherungen, Steuern, Vertragsrecht, Sozialleistungen und Haushaltsführung.

Hinsichtlich der Bildungsverläufe wünschen sich speziell diejenigen, die Schwierigkeiten im vorgezeichneten Verlauf hatten, mehr

Wertschätzung und keine Abwertung als Normabweichung. Der **Ausbau und die Aufwertung von „Umwegen“** zum Bildungsabschluss und Berufseinstieg wird unterstützt. Eine bessere Finanzierung von Umschulungen sowie von Möglichkeiten, Abschlüsse nachzuholen wird begrüßt. Von mehreren Personen wurde zudem angeregt, die Vernetzung und Kooperation zwischen Schulen, Arbeitgebern und Jobcentern zu vertiefen, um im Übergang nicht alleine gelassen zu werden.

Auch **familienspezifische Bedarfe** wurden benannt. Alleinerziehende berichten von Schwierigkeiten mit finanziellen und zeitlichen Ressourcen. Eine gleichzeitige Finanzierung von Ausbildung und Wohnung sei schwierig. Eingeschlagene berufliche Wege mussten zum Teil unterbrochen oder ganz abgebrochen werden. **Ein Ausbau der Kinderbetreuung** und eine **bessere finanzielle Unterstützung** werden daher, auch von Paarfamilien, gefordert. **Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit** werden ebenfalls insbesondere von jungen Menschen mit Familien positiv bewertet. Armutsbetroffene Familien erfahren zudem Einschränkungen in den Handlungsmöglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten.

Für junge Erwachsene in Städten ist auch das Thema **Wohnen** zunehmend relevant, was angesichts steigender Mieten und Wohnungsnot wenig überrascht. Zudem herrschen gerade für junge Erwachsene in Haushalten im SGB-II-Bezug Unklarheiten über rechtliche Möglichkeiten des Wohnens, etwa beim Auszug.

Zuletzt wird bemängelt, dass die **politischen Perspektiven** junger Menschen in der Politik zu wenig beachtet werden. Man möchte stärker ernst genommen werden, äußert jedoch auch, dass das dafür notwendige politische Wissen, um sich einzubringen, fehle.

3. Forderungen der Arbeiterwohlfahrt

Aus diesen vielfältigen Befunden der aktuellen AWO-ISS-Langzeitstudie und den identifizierten sozial- und familienpolitischen Handlungserfordernissen leiten sich im Folgenden die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt ab.

1. Einkommens- und Familienarmut wirkungsvoll bekämpfen!

Ursächlich für Kinderarmut ist häufig die **Einkommensarmut der Eltern**. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Familien und Kindern ist daher zunächst die **Verbesserung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen** für gute und **existenzsichernde Arbeit**. Auch junge Erwachsene, die unter anderem vor den Herausforderungen eines gelingenden Berufseinstieges und der Familiengründung stehen, haben in der Studie klare Handlungserfordernisse identifiziert.

Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt müssen zum einen **familiäre Hürden**, die sich auf eingeschränkte Erwerbsbeteiligung beziehen, abgebaut werden. Die Chancen auf ein auskömmliches Haushaltseinkommen werden dabei umso größer, je stärker die **gleichwertige Erwerbsbeteiligung beider Elternteile** ermöglicht wird. Hierfür bedarf es einer ausgebauten **Betreuungsinfrastruktur**. Zudem sind Arbeitszeitmodelle zu fördern, die die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ermöglichen und zu mehr Arbeitszeitautonomie führen. Dies gilt auch für die **Aus- und Weiterbildung in Teilzeit**, durch die Qualifizierung und Beruf besser vereinbar sind. Zudem muss **Lohngerechtigkeit** zwischen den Geschlechtern verwirklicht werden. Außerdem sollten **Fehlansätze**, die u. a. aus gemeinsamer Besteuerung und Mitversicherung resultieren, abgebaut werden. Das **Armutrisiko Alleinerziehender** stellt eine besondere Herausforderung dar, die dringend adressiert werden muss.

Zum anderen müssen Maßnahmen zur **Eindämmung prekärer und ungewollt atypischer Beschäftigung** erfolgen. Dazu gehören Minijobs, dauerhafte Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, befristete Beschäftigungen und Arbeit, die so schlecht bezahlt ist, dass sie vor Armut nicht schützt. Gerade für junge Menschen hängt hiervon ein gelingender und nachhaltiger

Berufseinstieg ab. In der Studie waren zudem insbesondere junge Frauen von prekärer Beschäftigung betroffen. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt bedarf es einer **Steigerung der Mindestlöhne** auf eine Höhe, die oberhalb der Armutsrisikoschwelle liegt und auch ein armutsfestes Alterseinkommen sichert. Zudem muss die **Tarifbindung** gestärkt werden, die in vielen Branchen seit Jahrzehnten rückläufig ist. In den Berufen und Branchen, die für den Zusammenhalt, das Zusammenleben und die Teilhabe zentrale Leistungen erbringen, etwa in der Pflege, muss die Entlohnung dem gesellschaftlichen Wert dieser Arbeit entsprechen. Die **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen** ist hier ein entscheidendes Instrument.

2. Reform der kinder- und familienpolitischen Leistungen!

Trotz Erwerbsbeteiligung geraten viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten. Damit Familien in die Lage versetzt werden, allen Kindern und Jugendlichen die materiellen Voraussetzungen soziokultureller Teilhabe, Anerkennung und Zukunftschancen zu bieten und damit jedes Kind in Wohlergehen aufwachsen kann, bedarf es einer **einkommensabhängigen Kindergrundsicherung**. Dafür setzt sich die Arbeiterwohlfahrt als Gründungsmitglied des Bündnisses Kindergrundsicherung zusammen mit ihrem familienpolitischen Fachverband, dem Zukunftsforum Familie seit nunmehr zehn Jahren ein. Denn Kinder brauchen mehr! Die Kindergrundsicherung soll das **soziokulturelle Existenzminimum aller Kinder bereitstellen** und damit die tatsächlichen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen decken. Die Kindergrundsicherung soll dabei **sozial gerecht** ausgestaltet werden. Das bedeutet, die derzeitige Familienförderung vom Kopf auf die Füße zu stellen und ärmere Familien stärker zu fördern als besser gestellte Familien. Der Auszahlungsbetrag der Kindergrundsicherung muss einkommensabhängig ausgestaltet sein und sich am finanziellen Bedarf von Familien orientieren. Durch Zusammenlegung verschiedener sozial- und familienpolitischer Leistungen und niedrigschwelliger Bereitstellung soll zudem erreicht werden, dass alle Kinder und Jugendliche die Kindergrundsicherung in Anspruch nehmen.

3. Soziale Infrastruktur stärken, verzahnen und präventiv ausrichten!

Die AWO-ISS-Studie hat über 22 Jahre hinweg gezeigt, dass es einen **Ausbau zielgerichteter, abgestimmter und niedrigschwelliger Angebote für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien** bedarf. Die Art und Weise, wie soziale Infrastruktur quantitativ und qualitativ aufgestellt ist und wie Zugänge zu ihr geregelt

sind, entscheidet neben den oben genannten monetären familienpolitischen Leistungen zentral über die Bildungs-, Teilhabe- und Entwicklungschancen. Die Institutionen vor Ort bieten für Kinder und Jugendlichen sowohl Räume außerfamiliärer Sozialisation und als auch Möglichkeiten, mit sozialer Arbeit Zugänge zu Eltern und Familien zu schaffen und mit ihnen gemeinsam familiäre Fürsorge zu stärken.

Schlaglicht 1: Das Projekt ‚Wir machen uns stark – Für Kinder & Für Chancen‘

AWO Kreisverband Kleve e.V.

Der AWO Kreisverband Kleve e.V. betreut aktuell etwa 600 Kinder in seinen neun Kindertagesstätten, sowie etwa 1.900 Kinder in der Offenen Ganztagsbetreuung an sechzehn Schulen. Auch in den solitären Einrichtungen, wie z.B. dem Frauenhaus, gehen Kinder ein und aus.

Das Projekt Kinderrechte soll dazu führen, dass die genannten Einrichtungen offensiv mit dem Thema Kinderrechte, Kinderarmut und Kindeswohl umgehen und Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Ein erster Schritt ist die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für das Thema Kinderrechte sowie die Enttabuisierung des Themas Kinderarmut, indem ein offener Diskurs unter den Einrichtungen angestoßen wird. In einer zweiten Projektphase stehen die Konsequenzen für die praktische Arbeit im Vordergrund: Wie und woran erkenne ich, dass ein Kind besondere Unterstützung benötigt? Wie kann ich konkret in meinem Arbeitsalltag Unterstützung anbieten? Wo kann ich mir selbst Hilfe und Unterstützung holen? Verfügen wir über Möglichkeiten zuverlässige Strukturen einzuführen, die in unseren Einrichtungen die Umsetzung der Kinderrechte garantieren? Aus dem Projekt heraus soll ein praxisnaher „Werkzeugkoffer“ entstehen, welcher die einzelnen Einrichtungen befähigt, auf der Basis von Konzepten und Ideen vor Ort konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Das Projekt basiert auf zwei Aktionstagen, in denen sich die Einrichtungen gemeinsam mit dem Thema auseinandersetzen. Der erste Aktionstag dient der Sensibilisierung und Vermittlung von Grundlagen. Der zweite Aktionstag findet ein halbes Jahr später statt und baut auf den Ergebnissen des ersten, sowie den Beobachtungen der Mitarbeitenden in der zwischenzeitlichen Zeit auf.

Damit leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag, um die Einrichtungen und Mitarbeitenden vor Ort im Kampf gegen Kinderarmut und für Teilhabe aller zu stärken.

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Das Projekt wird im Rahmen des Projektauftrages „30 Jahre Kinderrechtskonvention – Kinderrechte kennen und beachten – UN Kinderrechte verwirklichen“ zu 100% vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW gefördert.

Schlaglicht 2: Das Projekt ,Mo.Ki – Monheim für Kinder®‘



AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Mo.Ki – Monheim für Kinder® kann auf 17 Jahre erfolgreiche Präventionsarbeit zur Vermeidung von Armutsfolgen von Kindern und Jugendlichen zurückblicken. In Zusammenarbeit der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. mit der Stadt Monheim am Rhein und ca. 60 Kooperationspartner*innen, wurde die **Monheimer Präventionskette** schrittweise in bisher fünf Modellprojekten für alle Altersphasen von der Geburt bis zum Berufseinstieg aufgebaut. Nach Abschluss der Modellphasen wurden die Konzepte und Angebote in den jeweiligen Einrichtungen etabliert und durch die Stadt Monheim am Rhein verstetigt. Gefördert wird Mo.Ki durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, begleitet durch den Landschaftsverband Rheinland und wissenschaftlich ausgewertet durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS).

Mo.Ki beschreibt einen kommunalen Präventionsansatz. Die Kinder- und Jugendhilfe wird systematisch umgebaut – weg von der Reaktion auf Defizite hin zur Prävention als aktive Steuerung und Gestaltung mit allen beteiligten Akteuren in einem **Netzwerk**. Im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen das Kind und seine Entwicklung.

In Verknüpfung mit den strategischen Zielsetzungen „Hauptstadt für Kinder®“ und „Stadt für alle“ sollen nun in einem nächsten Schritt die bestehenden Mo.Ki-Ansätze zu einem „Integrierten Gesamtkonzept kommunaler Prävention“ weiterentwickelt werden. Dies soll zukünftig eine Übertragbarkeit konzeptioneller Inhalte auf weitere bzw. neue Einrichtungen, wie bspw. die neu geplanten Kindertagesstätten, ermöglichen.

<https://www.awo-nr.de/dienste-einrichtungen/kinder-jugend-familie/praeventionskette-moki/>
<https://www.monheim.de/kinder-jugend/moki-monheim-fuer-kinder/>



Außerdem gilt es zu berücksichtigen, dass durch öffentliche und soziale Infrastruktur sozialstaatliches Handeln erfahrbar und sichtbar wird. In der Realität wird jedoch deutlich, dass die Aufgabe der Armutsprävention von Kindern und Jugendlichen die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Kommunen übersteigt. Diese ist jedoch Voraussetzung dafür, dass entlang des Lebensverlaufs von Kindern und Jugendlichen verlässlich und niedrigschwellig Angebote und Hilfen zur Verfügung stehen. Eine verbindliche **Präventionskette** als kommunale Gesamtstrategie der Armutsprävention soll genau das durchgängig von der Krippe bis zum

Ausbildungs- bzw. Berufsstart gewährleisten. Die Arbeiterwohlfahrt fordert daher die Verbindlichstellung armutspräventiver Ansätze und damit einhergehend eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung kommunaler Handlungsstrategien der Armutsprävention von Kindern und Jugendlichen. Die unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedarfe der Kommunen wie ihre finanziellen Handlungsspielräume oder etwa eine städtische bzw. ländliche Lage sollten dabei berücksichtigt werden. Welche Chancen Kinder haben, darf nicht vom Wohnort abhängen!

4. In Bildung als Schutzfaktor gegen Armut investieren!

Ein zentrales Ergebnis der aktuellen AWO-ISS-Studie sind armutsbedingte Benachteiligungen bei Bildungschancen. Die Studie macht dabei noch einmal deutlich, wie wichtig Bildung für einen gelingenden Übergang ins Erwachsenenalter ist. Unabhängig von Armutserfahrungen zeigt die Studie zudem, dass es Wissens- und Orientierungsbedarfe gibt, die über die Schule nicht gedeckt werden und gerade bei armen jungen Menschen nicht vom Elternhaus kompensiert werden können.

Schulen sollten daher stärker Teil der oben angesprochenen sozialen Infrastruktur werden, um als Schutzfaktor gegen Armut wirksam zu werden. Beispiel einer sinnvollen Verzahnung ist etwa das verstärkte Engagement von Schulen in Fragen der Gesundheitsprävention. Vor dem Hintergrund der Studienergebnisse zum Gesundheitsverhalten junger Menschen sollten wirksame Maßnahmen, wie die Schulgesundheitsfachkräfte, verstetigt werden.¹²

Zudem müssen die Lernorte stärker zu Lebensorten werden, die in den Sozialraum geöffnet sind. Die Arbeiterwohlfahrt fordert daher den **Ausbau des inner- und außerschulischen Ganztages**. Dies bezieht sich sowohl auf die Frage der Ausgestaltung von Angeboten als auch auf die Frage der dafür notwendigen Räumlichkeiten. Im Rahmen der Ausgestaltung muss der Austausch und die multiprofessionelle Vernetzung zwischen Schulen und Jugendhilfe ermöglicht werden. Die hierfür notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen sollten auch als Beitrag zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse verstanden werden.

Insgesamt ist ein gemeinsamer Blick auf alle Ausgrenzungsphänomene und Benachteiligungen wichtig. Ziel sollte eine Sensibilisierung für Diskriminierungen auf Grund von Armut sein, wie sie in der AWO-ISS-Studie von Betroffenen berichtet wurden. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle der **Schulsozialarbeit** durch die Befragten in der Studie positiv verortet. Sie sollte daher flächendeckend und nachhaltig verankert werden, damit Armutsprävention bereits im allgemeinbildenden Schulsystem wirksam werden kann.

Neben formaler Bildung bedarf es non-formale Lernorte. Die **offene Kinder- und Jugendarbeit** bietet hierfür geeignete Räume und Begegnungssettings. Sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen und veränderte Lebenswelten stellen hier zentrale Herausforderungen dar. Die Arbeiterwohlfahrt fordert hier die Anerkennung des Beitrages, den die offene Kinder- und Jugendarbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe leistet. Dies sollte mit einer entsprechenden finanziellen Absicherung der Arbeit einhergehen.

In der Studie wurde zudem die **Bedeutung der Jugendphase** für spätere Armut hervorgehoben. Zudem wurden politische Beteiligungswünsche geäußert. Die Arbeiterwohlfahrt fordert gemeinsam mit dem Bundesjugendwerk der AWO schon lange eine **eigenständige Jugendpolitik**, die in den Kommunen verankert eine systematische demokratische Beteiligung Jugendlicher ermöglicht.

¹² Vgl. <https://www.awo-potsdam.de/projekte/schulgesundheitsfachkraefte-im-land-brandenburg.html>

Schlaglicht 3: Das Projekt 'Brückenbauer'



AWO Berlin Kreisverband Südost e.V.

Aus einer Vielzahl eingereicherter Projektideen wurde das Jugendberufshilfe-Projekt „Brückenbauer“ der AWO Berlin Kreisverband Südost e.V. als eines der wirtschaftsgeförderten Projekte durch die IHK Berlin ausgewählt. Das Projekt wirkt an einer Schule in der Berliner Gropiusstadt. Ziel ist die Gestaltung des Übergangs von der Schul- in die Arbeitswelt. Dieser Übergang ist für junge Menschen heute anspruchsvoller denn je und kann schnell überfordern. Die Gründe dafür sind vielfältig und von Person zu Person unterschiedlich. Sei es, weil sich die Jugendlichen im Dschungel der vielfältigen Möglichkeiten nicht zurechtfinden, ihnen der Glaube an die eigene berufliche Zukunft fehlt oder sie oft vergebens nach glaubhaften Vorbildern suchen. Daher bietet das AWO-Bildungsprojekt „Brückenbauer“ in Kooperation mit der Hermann-von-Helmholtz-Schule in Berlin-Neukölln unterschiedliche Methoden und Instrumente an, um Schüler*innen ab der 7. Jahrgangsstufe den Sprung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu erleichtern und somit ein selbstbestimmtes Leben jenseits von staatlichen Transferleistungen führen zu können.

Das Leistungsangebot für Jugendliche umfasst etwa ein „Matching“ von Anforderungsprofilen der beteiligten Kooperationsbetriebe mit den Kompetenzprofilen der Jugendlichen, Angebote zur Berufsfeld- und Betriebserkundung, Unterstützung bei der selbstständigen Berufswahl und Entscheidungsfindung durch Einzelcoaching, Vermittlung betrieblicher Praktika und in die duale Ausbildung der kooperierenden Unternehmen sowie den Erwerb und Training von Schlüsselkompetenzen im Rahmen von Feriencamps.

Teil des Projekts ist auch die Weiterentwicklung des Übergangssystems Schule-Beruf, etwa durch Wissenstransfers an interessierte Berliner Schulen, Unternehmen, Projekte und Bildungseinrichtungen.

<https://www.awo-südost.de/projekt-brueckenbauer>



5. Nachhaltige Integration in Ausbildung und Arbeit für alle jungen Erwachsenen sicherstellen!

Die aktuelle AWO-ISS-Studie hat gezeigt, dass gerade in armen Familien häufig Wissen sowie Netzwerke fehlen, die jungen Menschen ausreichende Orientierung bei der Berufswahl geben. **Angebote der Berufs- und Ausbildungsberatung** sollten bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Die Zusammenarbeit relevanter Akteure wie Schulen, Jobcenter und Arbeitgeber, sollte in diesem Zusammenhang gefördert werden. Im Übergangsmangement sollten institutionelle Logiken überwunden werden und **rechtskreisübergreifend** gefördert werden. Zudem fordert die Arbeiterwohlfahrt eine **Erhöhung von Personalschlüsseln in Maßnahmen der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der Berufsvorbereitung**.

Schlaglicht 4: Der Anspruch politischer Teilhabe junger Menschen



Das Landesjugendwerk der AWO M-V e. V.

Das Jugendwerk der AWO M-V e. V. ist ein Zusammenschluss von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die die Mitgliedschaft nutzen, um ihre Interessen besser wahrnehmen, ihre Freizeit nach eigenen Vorstellungen gestalten und ihre gemeinsamen Interessen mit Hilfe eines Jugendverbandes durchzusetzen zu können. Grundprinzip ihrer Arbeit ist die Selbstorganisation, d. h. die Mitglieder im Verband bestimmen auf der Grundlage der Satzung selbst, was gemacht wird. Solidarität, Toleranz und Demokratie sind wichtige Bestandteile der Arbeit des Jugendwerkes.

Das Landesjugendwerk ist gemeinsam mit der AWO Mecklenburg-Vorpommern aktiv im Netzwerk gegen Kinderarmut. Im Rahmen des Netzwerks werden Aktionspläne erarbeitet und an die Landespolitik herangetragen. Das Netzwerk ist in verschiedenen Gremien organisiert, die zu verschiedenen Aspekten von Kinderarmut Maßnahmen erarbeiten und deren Umsetzung forcieren. Zudem beteiligt sich das Jugendwerk an den Jugendanhörungen des Landtags, u. a. zum Thema Kinderarmut und Chancengleichheit und unterstützt die Volksinitiative „Kinder- und Jugendarmut begegnen“.

Mit ihrem Engagement verwirklicht das Landesjugendwerk der AWO ihren Anspruch, junge Menschen an der Politik zu beteiligen und die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aktiv einzutreten.

<http://www.jugendwerk-mv.de/>

Die aktuelle AWO-ISS-Langzeitstudie zeigt überdies, dass arme junge Erwachsene Förderungen wie die BAföG, die Bundesausbildungsbeihilfe (BAB) oder Stipendien zwar in einem höheren Maße in Anspruch nehmen bzw. genommen haben als nicht arme junge Erwachsene. Dabei hat von diesen staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten dennoch nur jeder sechste arme junge Mensch profitiert. Dies macht deutlich, dass der **Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung für benachteiligte junge Menschen verbessert** werden muss. Mit der Stärkung dieser, dem Grundsicherungssystem vorgelagerten, Leistungen sollte nicht nur der Ausbildungserfolg verbessert werden und sozioökonomischen Benachteiligungen entgegengewirkt werden, sondern auch eine Situation vermieden werden, in der ergänzend SGB II-Leistungen in Anspruch genommen werden müssen.¹³

Auch setzt sich die AWO für eine **Mindestvergütung für Ausbildungen** ein, wie sie durch das novellierte Berufsbildungsgesetz¹⁴ eingeführt werden soll. Diese soll jedoch alle Auszubildenden erreichen, das heißt auch diejenigen, die eine schulische oder außerbetriebliche Ausbildung absolvieren. Bei Ausbildungen, die über die Länderebene geregelt werden, müssen die Länder aktiv werden.

Zudem sollten Maßnahmen gefördert und verbessert werden, die **Ausbildungsverhältnisse benachteiligter junger Menschen stabilisieren**, etwa die assistierte Ausbildung der Bundesagentur für Arbeit. Hier fordert die AWO eine Weiterentwicklung des Instruments.

Auch sollten berufsspezifisch Lernangebote so gestaltet werden, dass die Lernenden in die Lage versetzt werden mit den Entwicklungen

¹³ Hierbei muss auch die besondere Situation von jungen Geflüchteten berücksichtigt werden. Unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer in Deutschland und ihres Aufenthaltsstatus haben alle junge Menschen ein Recht auf Bildung!

¹⁴ Vgl. Bundestag Drucksache 19/10815.

Schlaglicht 5: Das Projekt 'JuMP'

AWO Berlin Kreisverband Südost e.V.

Seit fast 10 Jahren unterstützt das Jugendberufshilfeprojekt JuMP der AWO junge Menschen beim nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses und auf ihrem Weg ins Berufsleben.

Während die meisten Regelschulen immer weniger Möglichkeiten haben, auf die individuellen Bedarfe benachteiligter oder besonders sensibler Jugendlicher angemessen einzugehen, hat es sich das Projekt JuMP zur Aufgabe gemacht, ein Angebot für diese Zielgruppe zu schaffen.

JuMP bietet Jugendlichen, die in ihren Familien oftmals Traumatisches erlebt haben und in ihrer bisherigen schulischen Laufbahn gescheitert bzw. nicht weitergekommen sind, neue Chancen und berufliche Perspektiven. In kleinen Gruppen und einer wertschätzenden Atmosphäre ist es möglich, auf die Persönlichkeit sowie die Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfe jeder und jedes Einzelnen einzugehen.

Ziel des ganzheitlichen Ansatzes ist es, die Jugendlichen möglichst umfassend in ihrer Entwicklung zu fördern und ihnen einen Kompetenzzuwachs auf vielen Ebenen zu ermöglichen: Neben Mathematik und Deutsch stehen auch kreative und lebenspraktische Angebote wie Kochen, berufsvorbereitender Unterricht, Praxislernen und gemeinschaftliche erlebnispädagogische Aktivitäten auf dem Stundenplan. Eine individuelle sozialpädagogische Begleitung hilft den Jugendlichen, im Projekt anzukommen, soziale wie leistungsbezogene Ängste zu überwinden, auftretende Schwierigkeiten zu meistern und durchzuhalten.

Das Konzept geht auf: Die Teilnehmenden vollziehen bemerkenswerte positive Entwicklungen in sozialer wie in schulischer Hinsicht. So haben in den letzten sieben Jahren ausnahmslos alle Jugendlichen, die bei Prüfungen begleitet wurden, diese bestanden. Im Juli 2019 haben erneut 14 Schülerinnen und Schüler die erweiterte Berufsbildungsreife oder den mittleren Schulabschluss erreicht. JuMP unterstützt die Absolvent*innen im Nachgang beim Übergang in eine Ausbildung, Berufsvorbereitung oder in weiterführende Schulen, z.B. zum Erwerb des (Fach)Abiturs.

Das Projekt ist berlinweit nachgefragt. Kooperationen bestehen mit neun Berliner Bezirken, so dass demnächst ein Schwesterprojekt ‚JuMP A(ktivierung)‘ aufgebaut wird.

<https://www.awo-südost.de/jugendberufshilfe-jump>



der Digitalisierung Schritt zu halten und nicht zusätzlich abgehängt werden. Hierzu benötigen Menschen mit geringem Einkommen Unterstützung. Gleichzeitig müssen auch Anbieter solcher Lernangebote in die Lage versetzt werden, ihre Ausstattung auf den geforderten Stand aktuell zu halten.

Die AWO unterstützt die kürzlich durch das novellierte Berufsbildungsgesetz erfolgte **Stärkung der Teilzeitausbildung** und fordert alle beteiligten Akteure dazu auf, an der Umsetzung aktiv mitzuwirken. Arbeitgeber*innen müssen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, die teilzeit- und familienfreundlich wahrgenommen werden können und sich bei Bedarf über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Schlaglicht 6: Das Projekt 'DRIVE 7'



**Zentrum für Ausbildung & berufliche Qualifikation
Oberhausen e.V. (ZAQ)**

Das ZAQ ist in der Tradition der Arbeiterwohlfahrt verwurzelt. Besondere Anliegen sind daher die Förderung sozialer Gerechtigkeit und Solidarität von Menschen untereinander. Im Rahmen von individuellen Entwicklungs- und Arbeitsmarktintegrationsprozessen hat es sich das ZAQ daher zur Aufgabe gemacht, Menschen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen. Besonders Menschen in schwierigen Lebenslagen erfahren Unterstützung, ihr Ziel zu erreichen und ihr Leben eigenständig und selbstverantwortlich zu gestalten.

Mit dem Gemeinschaftsprojekt „DRIVE 7“ sollen an der Schnittstelle des SGB VIII mit dem SGB II junge Menschen, die bisher von den vorhandenen Angeboten der Sozialleistungssysteme nicht oder nur unzureichend erreicht wurden, in das Unterstützungssystem zurückgeführt werden. Mit der Einführung des §16h hat der Gesetzgeber eine weitere Öffnung des Sozialgesetzbuches II an der Schnittstelle zur Jugendhilfe für junge Menschen unter 25 Jahre vorgenommen und den Beratungsauftrag gestärkt. Es schafft die Möglichkeit, für schwer zu erreichende junge Menschen die Betreuungsangebote niederschwelliger anzulegen und zu intensivieren.

In diesem Rahmen bietet „DRIVE 7“ eine an der aktuellen individuellen Lebenssituation orientierte Bindungsarbeit an und unterstützt junge Menschen auf den Weg zurück in Bildungsprozesse, Maßnahmen der Arbeitsförderung, Ausbildung oder Arbeit. Dazu werden niedrigschwellige Angebote im Rahmen der aufsuchenden Arbeit vorgehalten sowie der Arbeit an einem Standort mit der Einrichtung eines Treffs. Die Angebote haben zum Ziel, die jungen Menschen dabei zu unterstützen, individuelle Schwierigkeiten zu überwinden, ihre Handlungskompetenzen zu erkennen und die Regelangebote des SGB II und SGB VIII in Anspruch zu nehmen.

Hierbei bestimmen neben einer Orientierung am Lebensweltbezug des jungen Menschen der Bezug zum Sozialraum, die Vernetzung und insbesondere die Beziehung zwischen dem Sozialpädagogen und jungen Menschen den Erfolg des Projektes.

DRIVE 7 ist ein Gemeinschaftsprojekt des ZAQ und der Kurbel.
<https://www.zaq-oberhausen.de/>
<https://die-kurbel-oberhausen.de/page/index4ef9.html>

Insgesamt geht es darum, die **Zugänge benachteiligter junger Menschen zu individueller Beratung und Förderung** zu verbessern, die den Bedarfen gerecht werden. Kontraproduktiv wirken dabei verschärfte U-25-Sanktionen im SGB-II, welche häufig dazu führen, dass sich junge Menschen vom Hilfesystem abwenden und für gezielte Förderung und Unterstützung nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Arbeiterwohlfahrt bekräftigt daher ihrer Forderung nach **Abschaffung verschärfter Sanktionen für unter 25-Jährige**.

4. Fazit

Mit dem vorliegenden Positionspapier werden Entscheidungsträger*innen in der Politik aufgefordert, für Rahmenbedingungen einzutreten, damit die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege ihren Beitrag dazu leisten können, die Armut unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen präventiv zu verhindern und effektiv zu bekämpfen. Die Arbeiterwohlfahrt versteht die Ergebnisse der aktuellen AWO-ISS-Studie weiterhin als Auftrag, in ihrer täglichen politischen und praktischen Arbeit Armut und soziale Ausgrenzung mit Nachdruck zu bekämpfen.

